

BANKGESELLSCHAFT

Erfolgreiche Aufklärung

Alle waren ziemlich fertig, als der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses Bankgesellschaft im Raum 109 des Berliner Abgeordnetenhauses verkündete, dass der mit allen Anlagen ca. 900 Seiten umfassende Bericht des Ausschusses einstimmig – nur bei Enthaltung des CDU-Abgeordneten Stadtkewitz - angenommen wurde. Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion war, seit er in den Ausschuss gewählt wurde, nur einmal anwesend.

Die Arbeit war nicht einfach. Oftmals mussten Dokumente nachdrücklich von der Bankgesellschaft eingefordert werden. Manchmal kamen die Unterlagen so geschwärzt, dass sie keinerlei Aussagewert hatten.

Auch das Bundesaufsichtsamt für Finanzdienstleistungen, früher BAKred, war sicherlich froh, dass der zuständige Staatssekretär im Bundesfinanzministerium (wunschgemäß ?) keine Aussagegenehmigung erteilte. War doch der heutige Präsident des Amtes bei der Gründungsphase, derjenige der diese Gründung seitens der Aufsichtsbehörde begleitete. Welche Fehler dabei gemacht wurden, zeigt der Ausschussbericht nachdrücklich auf.

Bankgesellschaft, wie BAFin, haben dann auch nach Kenntnis von den wesentlichen Inhalten des Ausschussberichtes gefordert, dass wesentliche Teile nur „vs-vertraulich“ und nur im geheimen Datenraum des Abgeordnetenhauses veröffentlicht werden dürfen. Dem ist der Ausschuss nur teilweise gefolgt. Dabei konnte er sich u.a. auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zu den Untersuchungsausschüssen des Bundestages zum Flickkomplex und zur „Neuen Heimat“ berufen.

Der Untersuchungsausschuss Bankgesellschaft unterscheidet sich von vielen Untersuchungsausschüssen dadurch, dass alle Teilnehmer ein Aufklärungsinteresse hatten. Zwar werden alle Parteien dem Bericht einen eigenen Teil der Einschätzung der Ergebnisse anfügen, so forderte die FDP, dass alle wirtschaftlichen Beteiligungen Berlins sofort verkauft werden sollen, z. B. auch alle Wohnungsbaugesellschaften. Aber dies schmälert nicht die Leistung des Vorsitzenden Frank Zimmermann, der es schaffte alle mit ins Boot zu nehmen und einen einheitlichen Bericht zu erstellen, an dem selbst der CDU-Abgeordnete Stadtkewitz nur in wenigen Punkten, man darf vermuten, sie betreffen die zentrale Figur Landowsky, etwas am Bericht auszusetzen hat.

Anders als der Vorsitzende des Tempodrom-Untersuchungsausschusses Braun, der keinerlei Neutralität achtend, sich bei seinem Bericht im Plenum des Abgeordnetenhauses nur bei den Oppositionsfraktionen bedankte und so einseitig seine Wunschergebnisse vortrug, dass er vom Präsidium mehrfach gerügt werden musste, wird Frank Zimmermann einen Bericht vortragen können, der zeigt, wie ein Untersuchungsausschuss jenseits aller parteipolitischen Querelen auch ein Aufklärungsinteresse in der Sache hat.

Im Ergebnis der Befunde wird deutlich, dass die gesamte Politik in Berlin dem Größenwahn einer expandierenden Stadt erlegen war, vielleicht mit Ausnahme der GRÜNEN-Abgeordneten Michael Schreier. Man glaubte den Prognosen zum Wachstum der Stadt. Dass ist nicht vorwerfbar, aber man steuerte nicht um, als sich Mitte der neunziger Jahre, die Prognosen änderten. Auch einige Sozialdemokraten waren da blauäugig und haben selbst bei ihren Aussagen im Untersuchungsausschuss nicht erkannt, dass ihre Entscheidungen falsch waren. Getoppt wurde dies allerdings einmalig durch den damaligen Senator Pieroth, der sich eigentlich an nichts We-

sentliches erinnern konnte, nicht einmal daran, wer sein damaliger Parlamentsreferent war, nämlich der heutige Fraktionsvorsitzende der CDU Nikolas Zimmer, der zudem bei der Aussage im Saal saß.

Ein besseres Licht auf die Politik boten dagegen Ditmar Staffelt und Annette Fugmann-Heesing. Diese haben konsequent nachgefragt und die Fondskonzeptionen hinterfragt. Sie wurden mit Gutachten der Wirtschaftsprüfer und teilweise lückenhaften Auskünften der Vorstände abgepeist. Aber auch sie haben nicht nachgehakt, sich, die oft sehr dürrtigen Berichte der WP nicht vorlegen lassen. Sie haben - wie damals wahrscheinlich deutschlandweit – der Güte der Prüfberichte von Wirtschaftsprüfern vertraut. Der Untersuchungsausschuss hat diese Zuversicht verloren und fordert auf Vorschlag des SPD-Sprechers im Ausschuss schärfere Haftungsregelungen und Strafbestimmungen für leichtfertige WP-Berichte.

Auch hinsichtlich der Blockadehaltung des BAFin hat der Ausschuss auf Vorschlag von Bernd Schimmler eine Neuregelung vorgeschlagen. Es darf nicht sein, dass eine oberste Bundesbehörde, die allein befugt ist eine landeseigene Bank zu prüfen, einem Untersuchungsausschuss, also der Vertretung des Eigentümers, keine Informationen über die eigenen Erkenntnisse gibt. Pikant ist, dass das BAFin dies mit einer Entscheidung des BVerwG zur Herausgabe von Akten des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Falle des Überfalles auf das israelische Konsulat in Berlin begründete. Diese Denkweise ist schon bemerkenswert.

Im Ergebnis hat der Untersuchungsausschuss – der Bericht wird im Internet auf der Homepage des Abgeordnetenhauses veröffentlicht – gezeigt, wie Großmannssucht, überzogener Zukunfts Glaube, das persönliche Bestreben hieran zu partizipieren, der politische Wille, die Stadt nach vorne zu treiben, die Unfähigkeit das Beteiligungsmanagement der Stadt zu organisieren und persönliche Unfähigkeit dazu führten, dass die Bundeshauptstadt zur Zeit nicht nur spart – bis es quietscht – sondern auch alle Sparanstrengungen und Aktivitäten unternimmt, um die 21 Mrd. Euro der Risikoabschirmung nicht Realität werden zu lassen. Wowi und der Zirkus Sarazin sind hierzu auf dem besten Weg.

B.Schimmler, MdB, Sprecher in UA Bankgesellschaft